Bundeshuus-Wösch

Objekttyp: **Group**

Zeitschrift: **Nebelspalter : das Humor- und Satire-Magazin**

Band (Jahr): **112 (1986)**

Heft 30

PDF erstellt am: **26.05.2024**

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern.
Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden.
Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

Haftungsausschluss

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

Ein Dienst der *ETH-Bibliothek*
ETH Zürich, Rämistrasse 101, 8092 Zürich, Schweiz, www.library.ethz.ch

http://www.e-periodica.ch

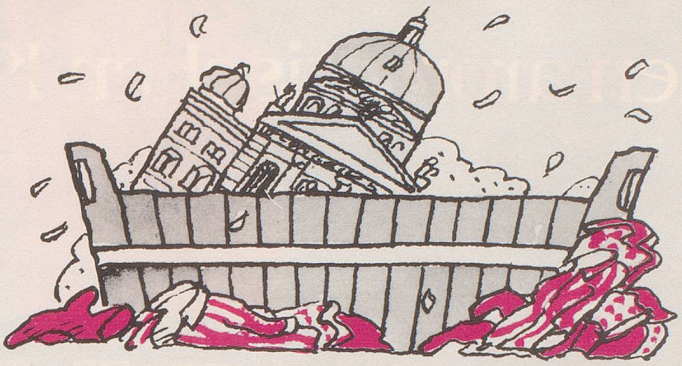
Die Verfassung ist – staatsrechtlich gesehen – die Grundordnung, nach der ein Staat aufgebaut ist. Darin geregelt sind auch die Grundrechte, welche allen Bürgern zustehen. Nun soll ein weiteres solches Grundrecht in die Schweizer Bundesverfassung eingebaut werden: das Recht, nicht mehr in Hundekegel treten zu müssen. Ein gewisser Herr René Trottmann aus Chur hat eine «Volksinitiative zur Hundekotentfernung auf öffentlichem Grund» lanciert und mit Unterschriftensammeln begonnen. Ob ein Zusammenhang damit besteht, dass diese Initiative gerade zu Beginn der Hundstage gestartet worden ist?

✣

Wegen der unsicheren Lage in Sri Lanka wurde der Vollzug von Ausschaffungsentscheiden gegen Tamilen bis auf weiteres ausgesetzt. Zur gleichen Zeit nahm die erstaunte Öffentlichkeit davon Kenntnis, dass zwischen der Schweiz und Kanada ein Geheimabkommen besteht, das es Schweizer Firmen ermöglichen würde, ihren Sitz im Kriegsfall weitab vom Schuss in die Weiten Kanadas zu verlegen. Pro Firma könnten sich zehn leitende Mitarbeiter mit ihren Familien über den grossen Teich absetzen. Die bisher durchgesickerten Informationen über dieses Abkommen stellen zwei Dinge klar: Das Reduit befindet sich in Zukunft nicht mehr in der Schweiz und der Begriff «Wirtschaftsflüchtling» muss im Hinblick darauf, dass dies auch Schweizer sein könnten, leicht modifiziert werden.

✣

Eine Dissertation, die an der Hochschule St.Gallen erschienen ist (Erich Leutenegger: Jugend und Armee), bringt Ernüchterndes an den Tag. Anhand einer Befragung, in die fünf RS-Kompanien mit 500 Rekruten einbezogen wurden, entstand ein Bild über die Einstellung der jungen Soldaten zur Armee. Eingerückt werde mit einer «kritisch-positiven» Einstellung zum Militärdienst, die sich jedoch im Verlauf der Rekrutenschule rapid verschlechtere. Das Vertrauen in die Kampfkraft der Armee schwinde drastisch, über 70 Prozent der Rekruten ärgerten sich über viel «Leerlauf» und seien der Auffassung, in der RS werde die Hälfte der Zeit oder gar noch mehr vertrödelt. Damit diese Zeit sinnvoll ausgefüllt werden kann und solche Gefühle verschwinden, sind als vorläufige Sofortmassnahme Frauen, Mütter, Freundinnen und Bräute aufgerufen, den Fresspäckli für ihre feldgrauen Lieblinge auch unterhaltendes Spielmaterial wie Mikado,



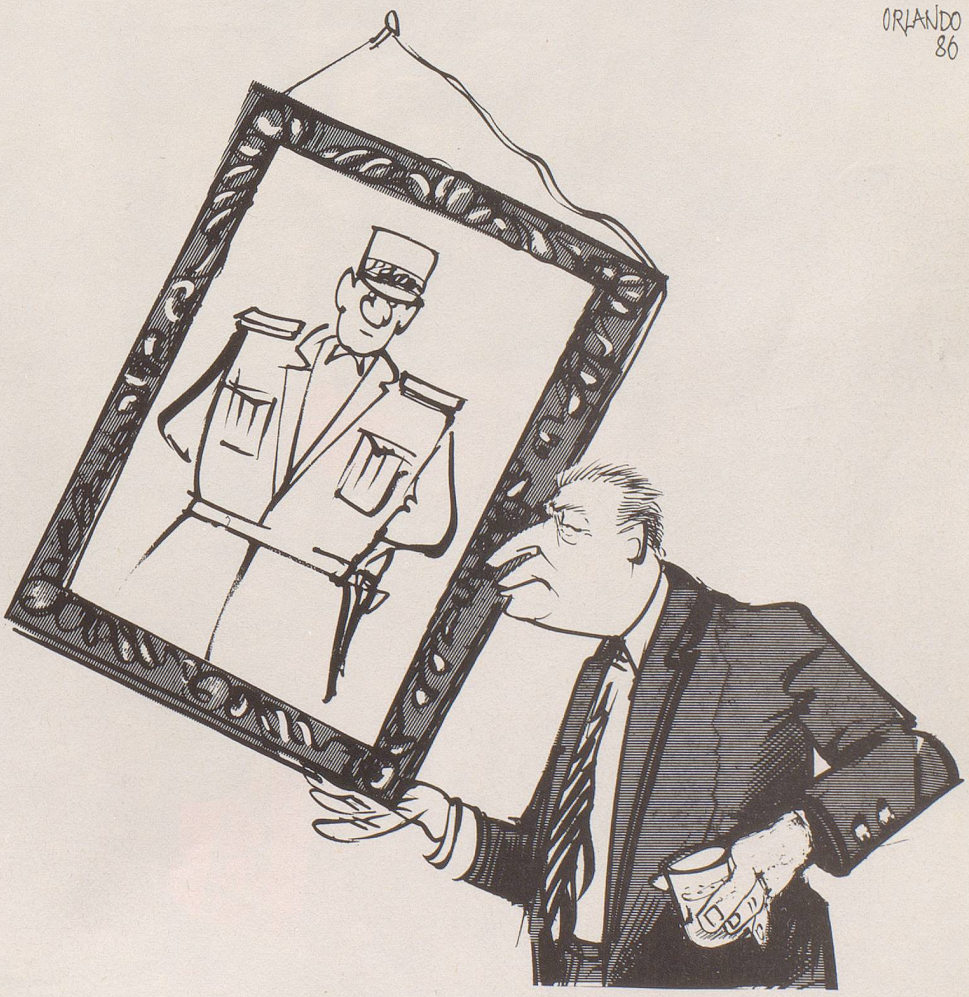
Bundeshuus-Wösch

Tipp-Kick, Scrabble, Jo-Jo, Frisbee, Muulörgeli usw. beizulegen.

Ein kleines Beispiel mag verdeutlichen, wieviel und was für eine bessere Stimmung bei der Truppe getan werden könnte. So meinte Fabian E., ein ganz neuer Rekrut, zum Feldweibel: «Ich will ja wirklich keine Schwierigkeiten machen – aber mein Bett ist heute morgen schon wieder nicht gemacht worden!»

Vor der Zentralschweizerischen Handelskammer führte alt Bundesrat und Ex-Justizminister Rudolf Friedrich aus, dass in der Schweiz immer mehr Wirtschaftsspionage getrieben werde, und zwar vor allem von den Oststaaten. So wende etwa die DDR im Jahr rund fünf Millionen D-Mark für Wirtschaftsspionage auf und erspare sich damit etwa 300 Millionen DM an Forschungs- und Entwicklungskosten. Man könne sich als Einzelperson vor Spionen nur schützen, indem wir weniger reden, und zwar ganz konsequent. So darf ich Ihnen – trotz häufiger Anfragen – nicht verraten, welcher rätselhafte Stoff bewirkt, dass so viele Parlamentarier so lange an ihren Sesseln kleben …

Lisette Chlämmerli



Da gibt es wieder einiges geradezurücken, Herr Delamuraz!